

Anfragen: Novembersession 2016

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Finanzdirektion FIN			
13	Köpfli (Bern, glp)	Wer hat die Motion «Salzhandel ist keine Staatsaufgabe: Salzregal abschaffen» beantwortet?	3
14	Köpfli (Bern, glp)	Zum Zweiten: Gibt es im Kanton Bern (Kader-) Angestellte mit massiven Überzeit-/ Ferien Guthaben?	4
Volkswirtschaftsdirektion VOL			
8	Hügli (Biel, SP)	Schliessung von Poststellen im Kanton Bern: Gespräche zwischen Regierungsrat und Schweizerischer Post	5
9	Etter (Treiten, BDP)	RAV-Kurse	6
10	Etter (Treiten, BDP)	Tour de France	7
21	Wüthrich (Huttwil, SP)	Poststellenschliessungen im Kanton Bern	8
Erziehungsdirektion ERZ			
18	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Sponsoring für digitale Lehrmittel	9
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
1	Trüssel (Trimstein, glp)	Was bezahlt die BKW für ihre Firmenzukäufe?	10
2	Gasser (Bévilard, PSA)	Schlechte Arbeitsplanung im Tal von Tavan- nes?	11
7	Bernasconi (Malleray, PS)	Strasse von Mont-Tramelan	12
12	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Warum wird das Postulat 083-2016 «ÖV- Lücken im Thuner Ostamt schliessen» nicht umgesetzt?	13
Polizei- und Militärdirektion POM			
3	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Was ist in der Justizvollzugsanstalt Thorberg los? (Zurückgezogen am 13.11.2016)	14
6	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Was ist in der Justizvollzugsanstalt Thorberg los?	15
11	Zryd (Magglingen, SP)	Zukunft der Fachkommission Sport des Kan- tons Bern	16
15	Beutler (Gwatt, EDU)	Zwangsheiraten im Kanton Bern?	17
16	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Mobiltelefone für Asylsuchende	18
19	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Neue Alkoholmessgeräte – ein Sicherheitsrisi- ko?	19



20	Wüthrich (Huttwil, SP)	Freiwillige Waffenrückgabeaktion und Waffenregister im Kanton Bern?	20
----	------------------------	---	----

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

5	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Wer bezahlt die Folgekosten von Kirchenasyl in Belp?	21
17	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Anzahl Jugendlicher IV-Bezüger/-innen mit psychiatrischer Diagnose seit 1995 verdreifacht	22

Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF

4	Brönnimann (Mittelhäusern, glp)	Recht auf Schule für alle – Aufnahmepflicht der Sonderschulen	23
22	Rudin (Lyss, glp) (Sprecher/in) Imboden (Bern, Grüne) Stucki (Bern, SP)	Streichung der HAB-Beiträge	24

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 21.11.2016

Eingereicht von: Köpfli (Bern, glp)

Beantwortet durch: FIN

Wer hat die Motion «Salzhandel ist keine Staatsaufgabe: Salzregal abschaffen» beantwortet?

Am 16.11.2016 hat der Regierungsrat meine Motion «Salzhandel ist keine Staatsaufgabe: Salzregal abschaffen» beantwortet.

Erstaunt habe ich festgestellt, dass ich ganze Abschnitte schon kannte. Dies aus einer Antwort des Glarner Regierungsrates vom 23. August 2016. In der Antwort auf die Interpellation «Salzregal: Ein Relikt aus dem Mittelalter» sind ganze Abschnitte teilweise wortwörtlich, teilweise mit geringfügigen Änderungen wiederzufinden.

Fragen:

1. Woher stammen die nahezu identischen Passagen aus den erwähnten Antworten des Glarner und des Berner Regierungsrates ursprünglich?
2. Waren neben Regierungsrätin und Salinen-Verwaltungsrätin Beatrice Simon weitere Personen der Schweizer Salinen AG an der Beantwortung der Motion beteiligt?
3. Falls ja: Sind für den Berner Regierungsrat die Interessen der Aktiengesellschaft Schweizer Salinen gleichzusetzen mit den Interessen des Kantons Bern?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 21.11.2016

Eingereicht von: Köpfli (Bern, glp)

Beantwortet durch: FIN

Zum Zweiten: Gibt es im Kanton Bern (Kader-)Angestellte mit massiven Überzeit-/Ferienguthaben?

Nachdem im Kanton St. Gallen ein Fall Schlagzeiten machte, bei dem ein Generalsekretär über Jahre mehr als 10 000 Überstunden bzw. nicht bezogene Ferien angehäuft hat, habe ich den Regierungsrat in der letzten Session gefragt, ob es beim Kanton Bern aktuell Angestellte mit mehr als 1000 Überstunden bzw. mit dem Gegenwert in nicht bezogenen Ferien gäbe.

Leider hat mir der Regierungsrat diese Frage nicht beantwortet. Er schrieb lediglich, dass dies in Zukunft nicht mehr so sein sollte: «Mit einer Revision der Personalverordnung (PV) per 1. Januar 2016 hat der Regierungsrat die Arbeitszeitbestimmungen für das Kantonspersonal grundlegend überarbeitet und deutlich restriktiver ausgestaltet. (...) Während der Übergangszeit von 2016 bis 2019 können Mitarbeitende in Einzelfällen noch Zeitguthaben von über 1000 Stunden aufweisen. (...)»

Ich erlaube mir deshalb, die Frage noch einmal zu stellen.

Fragen:

1. Gibt es beim Kanton Bern aktuell Angestellte mit mehr als 1000 Überstunden bzw. mit dem Gegenwert in nicht bezogenen Ferien?
2. Falls ja: Um wie viele Fälle handelt es sich?
3. Falls ja: Was ist derzeit die höchste Zahl an Überstunden bzw. dem Gegenwert in nicht bezogenen Ferien?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 17.11.2016

Eingereicht von: Hügli (Biel, SP)

Beantwortet durch: VOL

Schliessung von Poststellen im Kanton Bern: Gespräche zwischen Regierungsrat und Schweizerischer Post

Am Mittwoch, 26. Oktober, hat die Schweizerische Post angekündigt, dass sie 500-600 Poststellen schliessen wird. Für diese Schliessungspläne will sie nun auch die Kantonsregierungen einspannen. Die Gespräche finden in den nächsten Wochen statt.

Fragen:

1. Hat die Schweizerische Post den Regierungsrat über die vorgesehene Schliessung von Poststellen im Kanton Bern unter Angabe der betroffenen Poststellen informiert?
2. Hat die Schweizerische Post den Regierungsrat kontaktiert, um Gespräche zu den vorgesehenen Poststellenschliessungen zu führen?
3. Haben solche Gespräche zwischen Regierungsrat und Schweizerischer Post bereits stattgefunden?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 19.11.2016

Eingereicht von: Etter (Treiten, BDP)

Beantwortet durch: VOL

RAV-Kurse

Ein 54-jähriger Vater aus der Region hat letzthin einen Kurs der Regionalen Arbeitsvermittlung RAV besuchen müssen. Sein Feedback dazu: 8 Stellensuchende haben während 2 Tagen Mandalas zeichnen, Scherenschnitte herstellen und mit der Bogensäge («Holzsägli») arbeiten müssen. Dabei wurden sie von 3 Betreuern begleitet.

Fragen:

1. Welche Ziele und Zwecke werden mit diesen Kursen verfolgt?
2. Was tragen solche Kurse zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt bei?
3. Was kostet ein Kurs pro Besucher, und wie viele solche Kurse werden im Kanton Bern jährlich angeboten?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 19.11.2016

Eingereicht von: Etter (Treiten, BDP)

Beantwortet durch: VOL

Tour de France

Am 18. Juli erlebten wir bei der Durchfahrt der Tour de France ein tolles Sportfest bei besten Bedingungen. Der Anlass war gut vorbereitet. Die Polizei war stark präsent.

Der Grosse Rat hat am 14. März 2016 einen Kredit von 1,7 Mio. Franken für Sicherheit, Signalisation und bauliche Massnahmen bewilligt. Der Kredit war nicht unumstritten und wurde mit 104 zu 30 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Deshalb hat uns die Medienmitteilung des Regierungsrates, dass der Kredit um 50 Prozent überschritten worden ist, mehr als erstaunt.

Fragen:

1. Wie und wo erfolgte das Controlling bei diesem Geschäft?
2. Welche konkreten Leistungen und welche einzelnen Beträge wurden zusätzlich ausserhalb des Kredits ausgegeben?
3. Wer übernimmt die Verantwortung für diese massive Kreditüberschreitung?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosse Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 21.11.2016

Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP)

Beantwortet durch: VOL

Poststellenschliessungen im Kanton Bern

Die Schweizerische Post hat Ende Oktober über ihre Pläne zum «Poststellennetz der Zukunft» präsentiert. Sie will bis zum Jahr 2020 schweizweit nur noch 800 bis 900 Poststellen betreiben – statt 1400 wie heute. Damit droht auch die Schliessung der Poststelle in grösseren Gemeinden des Kantons Bern. Mit allen betroffenen Gemeinden will die Post nach Lösungen suchen. Obwohl die Post von einer Modernisierung des Poststellennetzes spricht, führt der Abbau insgesamt zu einem teilweisen Rückzug der Post aus der Fläche, zu einem Abbau an Dienstleistungen und zu einem Abbau an Arbeitsplätzen.

Fragen:

1. Hat oder wird der Regierungsrat sich mit der Schweizerischen Post über ihre Abbaupläne unterhalten?
2. Welche negativen Auswirkungen ergeben sich mit dem Abbau bei der Schweizerischen Post aus Sicht des Regierungsrates?
3. Was rät der Regierungsrat Gemeinden, deren Poststelle geschlossen werden soll?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 21.11.2016

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Sponsoring für digitale Lehrmittel

Wie einer Interpellationsantwort zu entnehmen ist, will der Regierungsrat von der 1. bis zur 9. Klasse die digitale Lehrmittelproduktion vorantreiben. Dies wird mit enormen Kosten verbunden sein. Informatikfirmen, aber auch Verbände wittern ein riesiges Geschäft und sind auch fürs Sponsoring bereit. Dies wirft Fragen auf.

Fragen:

1. Wird Sponsoring von Firmen und Verbänden für Tablets, digitale Lehrmittel/Arbeitsblätter ins Auge gefasst?
2. Werden digitale Lehrmittel bei Versuchsklassen auf deren Kosten/Nutzen analysiert, bevor diese flächendeckend eingeführt wurden?
3. Wo gedenkt der Regierungsrat bei den Bildungskosten zu kompensieren?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 07.09.2016

Eingereicht von: Trüssel (Trimstein, glp)

Beantwortet durch: BVE

Was bezahlt die BKW für Ihre Firmenzukäufe?

Im Verlauf der letzten Jahre hat die BKW eine grosse Anzahl von KMU im Bereich Gebäudetechnik und Engineering gekauft. Verschiedentlich werden seitens der BKW Ertragszahlen genannt, die perspektivisch erreicht werden sollen. Um frühzeitig allfällige wettbewerbsrechtliche Komplikationen vermeiden zu können, ist es wichtig, detailliertere Zahlen zur Verfügung zu haben.

Fragen:

1. Wie viel (Auflistung aller Akquisitionen) bezahlte die BKW für die Zukäufe?
2. Welche EBIT werden seitens der BKW angenommen (Auflistung)?
3. Nach welcher Zeit sollen die Kaufpreise amortisiert sein?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 30.10.2016

Eingereicht von: Gasser (Bévilard, PSA)

Beantwortet durch: BVE

Schlechte Arbeitsplanung im Tal von Tavannes?

Seit einer Woche finden zwischen Pontenet und Malleray Strassenarbeiten statt. Die Beeinträchtigung für die Verkehrsteilnehmer ist gross, da der Verkehr derzeit nur einspurig möglich ist und mit Ampeln geregelt wird. Die Baustelle führt zu den Stosszeiten mittags und abends unweigerlich zu langen Staus.

Der letzte Abschnitt der Transjurane zwischen Loveresse und Court soll in sechs Monaten eröffnet werden. Es wäre somit vernünftig gewesen, die oben genannten Arbeiten – sollten sie nicht dringlich sein – erst dann durchzuführen, sobald das Verkehrsaufkommen geringer sein wird.

Fragen:

1. Gab es einen aussergewöhnlichen Grund, diese Arbeiten gerade jetzt durchzuführen?
2. Hätte man diese Arbeiten nicht erst in sechs Monaten durchführen und dabei von der Eröffnung des letzten Transjuraneabschnitts profitieren können?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 17.11.2016

Eingereicht von: Bernasconi (Malleray, PS)

Beantwortet durch: BVE

Strasse von Mont-Tramelan

Die Kantonsstrasse von Mont-Tramelan nach Les Reusilles ist in einem sehr schlechten Zustand. Die Strasse ist uneben, eng und gefährlich. Aufgrund der Verbindungen nach St. Immer und La Chaux-de-Fonds herrscht hier ausserdem viel Verkehr.

Fragen:

1. Besteht ein Projekt zur Verbesserung und Verbreiterung dieses Abschnitts?
2. Wenn ja: Für wann ist die Realisierung vorgesehen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 21.11.2016

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: BVE

Warum wird das Postulat 083-2013 «ÖV-Lücken im Thuner Ostamt schliessen» nicht umgesetzt?

Das Postulat 083-2013 «ÖV-Lücken im Thuner Ostamt schliessen» von Alt-Grossrat Hansrudolf Feller (FDP, Steffisburg) wurde am 5. Juni 2013 mit 126 Ja zu 5 Nein bei 3 Enthaltungen überwiesen. Es verlangte unter anderem, dass der Regierungsrat als Ersatzvarianten für die im Angebotsbeschluss wegfallende Bus-Linie 45 (Oberdiessbach–Wangelen–Heimenschwand) eine Verlängerung der Linie 43 (Thun–Emberg–Heimenschwand) oder der Linie 44 (Oberdiessbach–Linden–Heimenschwand) um eine Zusatzschleife von Heimenschwand (Gemeinde Buchholterberg) in westlicher Richtung nach Wangelen prüfen sollte.

Zwar wurde dieses Anliegen zum Teil erfüllt, nämlich, indem der regionale Verkehrsbetreiber STI während 39 Schulwochen die Schleife fährt, um – an Stelle eines Schulbusses – die Schüler nach der ebenfalls 2013 erfolgten Aufhebung des Schulhauses Wangelen ins Schulhaus Badhaus zu bringen. Das Busangebot kann auch von Privatpersonen wie ein regulärer Kurs benutzt werden. Trotzdem ist der Busbetrieb so für die Bevölkerung (etwa für Pendler) kein befriedigendes Angebot, weil sie während der Schulferien trotzdem wieder auf den motorisierten Individualverkehr ausweichen müssen.

Da bei der Verabschiedung des Vorstosses Feller das Paket Angebotsbeschluss ÖV für die Jahre 2014-2017 bereits verabschiedet war, wurde in Aussicht gestellt, die Wangelen-Schleife beim nächsten Angebotsbeschluss wieder in das reguläre Fahrplanangebot der STI zu übernehmen. In Anbetracht der erfreulichen durchschnittlichen Auslastung wäre eine Aufnahme zumindest als Versuchsbetrieb absolut gerechtfertigt.

Trotz der klaren Willensbekundung sowohl des Grossen Rates als auch der Gemeinde Buchholterberg missachtet das Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination nun diesen Willen und ist nicht bereit, die Wangelen-Schleife während des ganzen Jahres zu fahren und sie in das reguläre Angebotskonzept 2018-2021 aufzunehmen.

Fragen:

1. Warum hat das Amt für öffentlichen Verkehr und Verkehrskoordination die Wangelen-Schleife nicht in den Vorschlag für das reguläre Angebotskonzept 2018-2021 zuhanden des Regierungsrates aufgenommen?
2. Wie gedenkt der Regierungsrat, den Vorstoss P-083-2013 «ÖV-Lücken im Thuner Ostamt schliessen» umzusetzen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 30.10.2016

Zurückgezogen am: 13.11.2016

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Federführende DIR: POM

Was ist in der Justizvollzugsanstalt Thorberg los?

Die Justizvollzugsanstalt (JVA) Thorberg scheint nicht zur Ruhe zu kommen. Trotz einer «tiefgreifenden Reorganisation» auf Anfang Juli 2016 knistert es nach wie vor im Gebäck. So musste offenbar der bisherige Abteilungsleiter Sicherheit im September gehen. Obschon er sein Büro geräumt hatte, wurden die Mitarbeiter nicht umgehend über seinen Abgang informiert. Seit dem 28. Oktober ist nun die Stelle «Abteilungsleiter Sicherheit 100 %» auf jobs.ch ausgeschrieben.

Ebenfalls merkwürdig sind die Vorgänge im Zusammenhang mit der geplanten Wohngruppe für Insassen mit langen Strafen oder Verwahrungen. Eigentlich wäre geplant gewesen, dass diese neue Gruppe für ältere Insassen per 1. Juli in Betrieb gehen sollte. Doch offenbar hat man es schlicht «vergessen», die entsprechenden Anträge und Bewilligungen rechtzeitig zu stellen bzw. einzuholen, was zu einer verspäteten Inbetriebnahme der besagten Wohngruppe führt.

Schliesslich scheint es am Thorberg erhebliche Probleme mit illegalem Besitz von Betäubungsmitteln zu geben. Ende August wurde offenbar ein Häftling mit Bauchschmerzen ins Inselspital eingeliefert, wo ein Darmdurchbruch festgestellt wurde. Die Häftlings-Lobby-Organisation «Reform 91» kritisierte den Gesundheitsdienst der JVA Thorberg wegen «Unterlassener Hilfeleistung». Aber offenbar war die Ursache für den Darmdurchbruch, dass der Häftling ein mit Drogen gefülltes Kondom geschluckt hatte, das dann im Darm geplatzt war.

Trotz dieser vielfältigen und weitreichenden Probleme scheint es offenbar gleichzeitig Ferienabwesenheiten praktisch der ganzen Chefetage gegeben zu haben.

Fragen:

1. Warum hat der bisherige Abteilungsleiter Sicherheit die JVA Thorberg verlassen (müssen)?
2. Wer ist dafür verantwortlich, dass die geplante «Wohngruppe für Insassen mit langen Strafen oder Verwahrungen» nicht wie geplant am 1. Juli eröffnet werden konnte?
3. Warum ist es möglich, dass ein Häftling in der JVA Thorberg überhaupt in den Besitz von Betäubungsmitteln kommen konnte, die dann zum erwähnten Darmdurchbruch geführt haben?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 13.11.2016

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: POM

Was ist in der Justizvollzugsanstalt Thorberg los?

Die Justizvollzugsanstalt (JVA) Thorberg scheint nicht zur Ruhe zu kommen. Trotz einer «tiefgreifenden Reorganisation» auf Anfang Juli 2016 knistert es nach wie vor im Gebäck. So musste offenbar der bisherige Abteilungsleiter Sicherheit im September gehen. Obschon er sein Büro geräumt hatte, wurden die Mitarbeiter nicht umgehend über seinen Abgang informiert. Seit dem 28. Oktober ist nun die Stelle «Abteilungsleiter Sicherheit 100 %» auf jobs.ch ausgeschrieben.

Ebenfalls merkwürdig sind die Vorgänge im Zusammenhang mit der geplanten Wohngruppe für Insassen mit langen Strafen oder Verwahrungen. Eigentlich wäre geplant gewesen, dass diese neue Gruppe für ältere Insassen per 1. Juli in Betrieb gehen sollte. Doch offenbar hat man es schlicht «vergessen», die entsprechenden Anträge und Bewilligungen rechtzeitig zu stellen bzw. einzuholen, was zu einer verspäteten Inbetriebnahme der besagten Wohngruppe führt.

Schliesslich ist offenbar der Gesundheitsdienst personell seit langem komplett überlastet. So ist seit fast einem Jahr nur noch ein Arzt für den Gesundheitsdienst zuständig. Und das übrige Personal wird offenbar wegen der zu geringen Personaldecke sehr stark gefordert. Ein Vorfall, bei dem ein Häftling wegen eines angeblich geplatzten Darms ins Inselspital eingeliefert wurde, hat die Situation offenbar noch verschlimmert. Denn jetzt werden aus Angst, irgendetwas falsch zu machen, die Häftlinge mit Samthandschuhen angepackt. Das nutzen nun offenbar die Häftlinge aus und täuschen vermehrt Krankheiten vor, um nicht arbeiten zu müssen.

Die Lobby-Organisation Reform 91 behauptete, dass ein Gefangener auf dem Thorberg mehrere Tage auf adäquate medizinische Betreuung habe warten müssen. Angeblich habe der Mann einen Darmdurchbruch gehabt, was der Gesundheitsdienst nicht ernstgenommen habe. Dem Vernehmen nach war der Mann aber nicht lebensbedrohend krank und wurde in der Insel auch nicht operiert, sondern konservativ mit Antibiotika behandelt.

Fragen:

1. Warum hat der bisherige Abteilungsleiter Sicherheit die JVA Thorberg verlassen (müssen)?
2. Wer ist dafür verantwortlich, dass die geplante «Wohngruppe für Insassen mit langen Strafen oder Verwahrungen» nicht wie geplant am 1. Juli eröffnet werden konnte?
3. Wurde der Mann, der angeblich einen Darmdurchbruch hatte, im Inselspital operiert?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 20.11.2016

Eingereicht von: Zryd (Magglingen, SP)

Beantwortet durch: POM

Zukunft der Fachkommission Sport des Kantons Bern

Die Fachkommission Sport ist ein vom Regierungsrat ernanntes Fachgremium, in dem neben Vertretern der Kantonsverwaltung auch Vertreter des Sports direkten Einsitz haben.

Fragen:

1. Trifft der Eindruck zu, dass der Kanton diese Kommission künftig nur noch als Informationsmedium für in der Verwaltung bereits gefällte Entscheide nutzen oder sie gar abschaffen will?
2. Wird diese allenfalls durch andere Einrichtungen (wie z. B. das Sportforum) ersetzt?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 21.11.2016

Eingereicht von: Beutler (Gwatt, EDU)

Beantwortet durch: POM

Zwangsheiraten im Kanton Bern?

Anlässlich einer Veranstaltung der Organisation Zukunft-ch in Bern äusserte ein ausgewiesener Islamkenner und ehemaliger Imam, dass in der Schweiz im Verlauf der letzten Jahre rund 120 Zwangsheiraten, vorwiegend mit minderjährigen Bräuten, vollzogen worden seien.

Fragen:

1. Wie sieht diesbezüglich die Situation im Kanton Bern aus?
2. Was unternehmen die Kantonsbehörden, wenn solche Fälle bekannt werden?
3. Sind präventive Massnahmen vorgesehen?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 21.11.2016

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: POM

Mobiltelefone für Asylsuchende

Bürgerinnen und Bürger fragen sich, wer im Kanton Bern für die Kosten bezüglich Anschaffung und Benützung von Mobiletelefonen für Asylsuchende aufkommt.

Fragen:

1. Wer zahlt die Anschaffung und Benützung von Mobiltelefonen für Asylsuchende?
2. Welches sind die Bedingungen, damit Asylsuchende ein Mobiltelefon erhalten?
3. Falls der Kanton die Kosten für die Anschaffung und Benützung von Mobiltelefonen übernimmt, wie hoch sind diese?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 21.11.2016

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: POM

Neue Alkoholmessgeräte – ein Sicherheitsrisiko?

Obschon Rechtsmediziner vor den teuren, neuen Alkoholmessgeräten warnten, wurden diese im Kanton Bern angeschafft.

Fragen:

1. Was kosten die neuen Geräte den Kanton Bern?
2. Trifft es zu, dass die Angaben der neuen Geräte ungenau sind, so dass für eine Verurteilung im Strassenverkehr noch Bluttests durchgeführt werden müssen?
3. Trifft es zu, dass wegen der Umrechnung der Alkoholpromille (mit den neuen Alkoholmessgeräten) das Autofahren trotz einer Übersteigung des Grenzwertes von 0,8 Promille noch gestattet ist?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 21.11.2016

Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP)

Beantwortet durch: POM

Freiwillige Waffenrückgabeaktion und Waffenregister im Kanton Bern?

Im Jahr 2009 hat die Polizei- und Militärdirektion im Rahmen von speziellen Aktionen zur freiwilligen Waffen- und Munitionsabgabe aufgerufen. Damals wurden rund 3000 Abgaben registriert. Seit einigen Jahren können nun Waffen und Munition auf jeder Polizeiwache abgegeben werden. Mehrere Kantone haben in den letzten Jahren und Monaten erfolgreich spezielle Aktionen durchgeführt und zur freiwilligen Rückgabe aufgerufen.

In diesem Zusammenhang interessiert auch der Stand der Arbeiten am interkantonalen Waffenregister, das im Vorfeld der Abstimmung über die Waffenschutzinitiative, die 2011 abgelehnt wurde, von den Kantonen in Aussicht gestellt wurde. Offenbar wurde die interkantonale Vernetzung der Waffenregister auf den 1. Oktober 2016 eingeführt.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, nach mehreren Jahren erneut eine spezielle Rückgabeaktion durchzuführen und die Bevölkerung zur freiwilligen Rückgabe von Waffen und Munition aufzurufen?
2. Wie viele Rückgaben wurden 2015 auf den Polizeiwachen verzeichnet?
3. Funktioniert das interkantonale Waffenregister?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 13.11.2016

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: JGK

Wer bezahlt die Folgekosten von Kirchenasyl in Belp?

Eine eritreische Frau und ihr 8-jähriger Sohn hätten auf Basis des Dublin-Abkommens in das sichere Land Italien ausgeschafft werden müssen. Der Kanton Bern führte die Rückführung aber nicht durch. Die heute 29-jährige und ihr Sohn verliessen Eritrea im Oktober 2014. Ihr Weg führte sie über Libyen nach Italien in die Schweiz, wo sie im April 2015 ein Asylgesuch stellten. Aber das Staatssekretariat für Migration ging auf dieses Gesuch nicht ein. Die beiden wurden bereits in Italien registriert.

Die Schweiz konnte sich somit auf das Dubliner Abkommen berufen. Gemäss dem Abkommen muss ein Land auf ein Gesuch nicht eintreten, wenn bereits in einem anderen Mitgliedsstaat ein Asylverfahren läuft. Nachdem die Frau die Rechtsmittel ausgeschöpft hatte, folgte im Mai 2016 der definitive Wegweisungsentscheid.

Die Kirchgemeinde Belp gewährte der Frau und dem Kind daraufhin sogenanntes Kirchenasyl. Wegen dieser Einmischung der Kirchgemeinde Belp wurde die rechtskräftige Ausschaffung Anfang November in das für die Frau und das Kind sichere Italien nicht durchgeführt. Die illegale Anwesenheit der Migrantin und ihres Sohns wegen der verhinderten Ausschaffung hat demzufolge kurzfristige und eventuell auch längerfristige Kostenfolgen, falls die Ausschaffung überhaupt nicht durchgeführt werden sollte.

Kurzfristig sind dies vor allem Verfahrenskosten bei den involvierten Behörden, die durch die verhinderte Ausschaffung erfolgen. Falls die Frau trotz rechtlich klarer Sachlage aufgrund des Kirchenasyls längerfristig dableiben könnte, ergäben sich noch weitere Folgekosten (Integrationsmassnahmen, Unterbringung, später allenfalls auch Sozialhilfe).

Da die Kirchgemeinde Belp durch ihre Verhinderung der rechtmässigen Ausschaffung klar die Verursacherin dieser Kosten ist, müsste sie und nicht der Kanton Bern dafür bezahlen.

Fragen:

1. Wie definiert die Reformierte Kirche Bern–Jura–Solothurn rechtlich Kirchenasyl?
2. Was sagt die Landeskirche zum Kirchenasyl in Belp?
3. Nimmt der Kanton Bern Regress auf die Kirchgemeinde Belp, damit diese die Kosten für die wegen ihr in der Schweiz bleibende Migrantin und ihren Sohn bezahlt?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 21.11.2016

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: JGK

Anzahl Jugendlicher IV-Bezüger/-innen mit psychiatrischer Diagnose seit 1995 verdreifacht

Es macht betroffen, dass die Statistik einen steigenden Anteil IV-Bezüger/-innen unter 25 Jahren aus psychiatrischen Gründen zeigt. Deshalb ist es an der Zeit, die Ursachen zu ergründen.

Fragen:

1. Wie viele unter 25-Jährige beziehen im Kanton Bern eine IV-Rente (Anzahl/Prozente)?
2. Wie viele davon sind Suchtmittelkonsumenten (unterteilt nach Art der Suchtmittel)?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosser Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 13.11.2016

Eingereicht von: Brönnimann (Mittelhäusern, glp)

Beantwortet durch: GEF

Recht auf Schule für alle – Aufnahmepflicht der Sonderschulen

Sonderschulen sind spezialisiert auf die schulische Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung oder in besonders schwierigen psycho-sozialen Verhältnissen, die den Besuch der Regelschule unmöglich oder unzumutbar machen. Im Zentrum steht der heilpädagogische Unterricht in kleinen Klassen.

Aufgrund der gesetzlichen Grundlagen von Artikel 18 Absatz 3 VSG sind die Eltern eines Kindes dafür verantwortlich, dass es beschult wird. Die Eltern haben in der Wahl der Sonderschule die «Wahlfreiheit». Eine Sonderschule kann aber abschliessend nicht zur Aufnahme eines Kindes verpflichtet werden. Auch die Fachstelle für Sonderpädagogische Massnahmen als abklärendes und beratendes Amt (d. h. die GEF) hat bezüglich der Platzierung keine Kompetenzen und auch keinen Auftrag. Das gleiche gilt für die ERZ.

Als Folge davon können Eltern das Recht zur Beschulung eines Kindes nicht geltend machen, und die betroffenen Kinder können nicht beschult werden. Diese Situation wurde im BEOBACHTER (Ausgabe 7/2016) «Er darf nicht zur Schule» hinlänglich beschrieben.

Fragen:

1. Wie viele Kinder mit Anrecht auf einen HPS-Schulplatz werden seit wann nicht beschult?
2. Welche Massnahmen hat die GEF oder die ERZ getroffen, dass ein Kind mit Anrecht auf HPS-Beschulung einen geeigneten und der Schwäche des Kindes angemessenen Schulplatz erhält?
3. Wird die GEF oder die ERZ den Leistungserbringern die notwendigen Mittel in nützlicher Frist zur Verfügung stellen, um zusätzliche Platzierungen von Kindern zu ermöglichen?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosse Rat

Anfragen Novembersession 2016

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 21.11.2016

Eingereicht von: Rudin (Lyss, glp) (Sprecher/in)
Imboden (Bern, Grüne)
Stucki (Bern, SP)

Beantwortet durch: GEF

Streichung der HAB-Beiträge

Fragen:

1. Anerkennt der Regierungsrat die LGBTI-Bevölkerung als besonders schützenswerte Bevölkerungsgruppe?
2. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass die Beratungstätigkeit der HAB ein notwendiger Beitrag zum Minderheitenschutz im Kanton Bern ist?
3. Weshalb hat der Regierungsrat der HAB-Beratung nach mehreren Jahren der Genehmigung die Beitragsgelder gestrichen?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat